

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 10

Artikel: Die schweizerischen Hochschulen an der Wende
Autor: Imboden, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161911>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schweizerischen Hochschulen an der Wende

MAX IMBODEN

Das mittelalterliche Bild der Universitas und das akademische Ideal Humboldts nähren noch immer den Glauben, es könne von der Universität als von einem klar geformten, auf einem festen inneren Grund stehenden und sich aus einem einheitlichen Gedanken entfaltenden Bildungsträger gesprochen werden. Die Wirklichkeit ist eine andere. Als Folge einer geschichtlich sehr weit zurückgehenden Entwicklung haben Kulturen und Nationen die hohen Schulen sichtbar bestimmt als die am Ursprung stehende universelle Idee. So ist die heutige Hochschule, wo sie nicht einfach zur fachlich orientierten Ausbildungsstätte wurde, in ihrer Stellung, in ihrer Aktivität und in ihrem geistigen Fundament entscheidend national geprägt. So sichtbar diese Erscheinung in andern Ländern sein mag, wir zögern, diese Aussage auch für unser Land zu tun. Von einem «schweizerischen Hochschultypus» zu sprechen, scheint uns nicht nur eine schwer haltbare Konstruktion, sondern beinahe ein Verstoß gegen ein helvetisches Denkgesetz zu sein. Und doch ist mit dem einfachen Ausweichen die Frage nicht erledigt. Es gibt diesen spezifisch schweizerischen Hochschultypus, und es gibt ihn gleichzeitig nicht. In dieser scheinbar widersprüchlichen Aussage mag eben das Besondere unserer Lage zu suchen sein.

Die schweizerischen Hochschulen als regionale Bildungsträger

Nirgends auf der Welt läßt sich eine gewachsene Ordnung hoher Schulen finden, die in diesem Masse Ausdruck und zugleich tragende Kraft eines engmaschigen föderativen Gefüges bildet. Die Abhängigkeit ist wechselseitig. Einmal reflektieren sich in den bestehenden Universitäten jene Kräfte, die das Wirken der Eidgenossenschaft bestimmen. Aber die sichtbaren Institutionen der höheren Bildung sind doch nicht nur Widerschein vorgegebener regionaler Strukturen. Sie sind den immer wieder um ihr Selbstbewußtsein ringenden Gliedern des helvetischen Kosmos zugleich eine kräftigende Stütze und eine lebendige Rechtfertigung. Ja es läßt sich sagen, daß für den schweizerischen Gemeinschaftsgedanken der feste Unterbau lokal getragener und regional ausstrahlender höherer Schulen noch nie so entscheidend war wie heute. Das entspricht einer großen langfristigen Entwicklung. Der föderalistische Akzent hat sich vom Politischen mehr und mehr auf das Kulturelle verlagert. Gewiß ist die Vorstellung des «lokalen Raumes» keine einheitliche;

das gehört mit zum Bild helvetischer Vielfalt. Man möchte sagen, daß sich der Raum weitet, je mehr man in der Schweiz von Westen nach Osten geht. Für die französisch sprechenden Stände ist es bezeichnend, daß sie alle — vom Wallis abgesehen — *ihre* Universität haben. Das ist für das zerbrechliche, gegenüber der deutschen Schweiz so wenig robuste Eigenbewußtsein der zur «Suisse Romande» gehörenden Kantone ein Faktor von kaum zu überschätzender Bedeutung. Das gefährdete innere Gleichgewicht des bernischen Jura erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß ihm die Zentrierung um eine sichtbar der kulturellen Entfaltung dienende Institution fehlt. Erst in der Mittel- und in der Ostschweiz weitet sich die Umgebung der Hochschulen zu einem überkantonalen Raum. Basel nimmt eine seltsame Mittelstellung ein. Es ist einerseits Stadt-Universität, so sehr man das in der heutigen Zeit überhaupt sein kann. Andererseits aber lebt es fest im Bewußtsein, älteste Verwalterin eines alle Schranken überspringenden geistigen Erbes zu sein.

Die Region also — die Stadt, der Kanton und der mehrere Kantone umschließende Raum — haben die schweizerischen Hochschulen geprägt. Hier liegt die Größe und die Grenze des gewachsenen Gefüges beschlossen. Hier auch ist der Grund der brennenden Probleme der Gegenwart zu suchen. Von hier aus muß das oft schwer erfaßbare Bild des schweizerischen Hochschulwesens betrachtet und gedeutet werden. — In der gebotenen Kürze seien einige kennzeichnende Züge der bestehenden Ordnung genannt.

Die schweizerischen Hochschulen haben sich wohl ohne Ausnahme ihren gesicherten Platz erkämpft. Aber *zwischen* ihnen besteht mehr ein stillschweigendes als ein offenes und bewußt geklärtes Einvernehmen. Man anerkennt sich mehr aus respektvoller und zeremonieller Ferne als aus der Nähe eines täglichen Gesprächs. Der personelle Austausch stockt nicht gerade; aber er vollzieht sich oft aus mehr zufälligem Anlaß. Das Bild, das man im vergangenen Jahrhundert als Gegenbild einer eidgenössischen Universität zeichnete und liebevoll pflegte — nämlich der pulsierende Wechsel der Studenten zwischen den kantonalen Hochschulen —, hat nicht mehr viel mit der Wirklichkeit gemein. Der Student ist, gefangen durch abweichende Studienordnungen und Examensreglemente, ausgesprochen seßhaft geworden. Der Dozent ist kaum weniger gebunden. Zwar zeigen wir uns bei Berufungen gegenüber dem Ausland im allgemeinen recht offen. Aber für Schweizer überwiegt das im Ausland vielfach verpönte System der Berufung innerhalb des eigenen Hauses. Wo man doktoriert, hat man die größte Chance, sich zu habilitieren und später auch beamteter Professor zu werden. Es gibt ganze Fakultäten, die in dieser Weise aus eigenem Holz gewachsen sind. Das heilsame und anspornende Erlebnis, sich an einer neuen Wirkungsstätte bewähren zu müssen und sich dabei neu entfalten zu können, kommt zu kurz. Vor allem wirken die Sprachgrenzen in seltsamer Weise als Schranke. Man zieht es in der Regel gar nicht ernsthaft in Erwägung, einen akademischen Lehrer aus

dem andern Landesteil heranzuziehen und ihm zum mindesten vorläufig zu gestatten, seine Vorlesungen in der angestammten Sprache zu halten. Die mehrsprachige Schweiz wird damit um eine ihrer schönsten Möglichkeiten gebracht. Auch an der auf der Sprachgrenze stehenden Universität Freiburg hat man die Zweisprachigkeit in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen nicht in erster Linie durch Durchdringung der Sprachen, sondern durch das Nebeneinander eines deutschen und eines französischen Studienganges verwirklicht. Es ist gelegentlich leichter, dafür Verständnis zu finden, daß eine aus dem fernen Ausland kommende Autorität in den naturwissenschaftlichen Disziplinen vor den Studenten englisch spricht, als dafür, daß sich ein Schweizer einer der andern Landessprachen bedient.

Aus der Kleinheit der schweizerischen Hochschulen hat man während langer Zeit eine ungeprüft tradierte Zweck-Philosophie gemacht. Man nahm eine größere oder vielleicht besser: eine mittelgroße technische Hochschule als selbstverständliche Notwendigkeit hin. Aber die Vorstellung der großen oder gar der in irgend einem Bereich ein Schwergewicht setzenden Universität hatte alle Gefühle des Mißtrauens gegen sich. Andere kleinere Staaten, zum Beispiel Finnland, haben die Akzente gerade anders gesetzt. Man sieht in der großen Landes-Universität etwas Erwünschtes, ja etwas Notwendiges; aber man ist bemüht, die technischen Hochschulen eher klein zu halten. Gewiß ist die Vielzahl der schweizerischen Universitäten alles andere als eine «unökonomische Verschwendung», wie es der Zürcher Finanzwissenschaftler Eugen Großmann in seinen jungen Jahren sah. Die Kleinheit bringt das, was ein begnadeter akademischer Lehrer die «schöpferische Enge» genannt hat. Der Boden ist vorbereitet, um eine reiche Vielfalt von Kräften zu wecken. Der Talentierte kann sich Gehör verschaffen. Vor allem hat vielleicht kein anderes Land die quasi ehrenamtliche Dozententätigkeit — das akademische «Miliz-Amt» möchte man sagen — so erfolgreich gepflegt wie das unsrige. Die Verbindung von praktischem Beruf und akademischer Lehrtätigkeit hat ganze Gelehrten generationen gekennzeichnet. Sie ermöglichte es zum Beispiel der Universität Basel bis vor wenigen Jahrzehnten, mit einem geradezu unwahrscheinlich geringen Besoldungsaufwand auszukommen. Von einem weltberühmten Professor wird der Ausspruch verbürgt, sein Honorar reiche eben aus, um den Gärtner zu besolden.

Durch ihre Offenheit haben die schweizerischen Hochschulen in unserer fest gefügten Gesellschaft eine bedeutsame Funktion des sozialen Ausgleichs erfüllt. Hier vermochten neue Gedanken zu wachsen und neue Menschen aufzusteigen. Mit freilich bescheidenen, ja oft geradezu kärglichen Mitteln wirklich frei zu arbeiten, wurde ein gesichertes Recht des schweizerischen Hochschullehrers. Ausländer haben uns mit Grund darum beneidet. In Zeiten der Krise und der erzwungenen Einschränkung haben die schweizerischen Kantone und nicht minder die schweizerische Wirtschaft und viele Privatpersonen

zugunsten der Hochschulen Opfer erbracht, die rühmende Zeichen wahren Bürgersinnes sind. Die Kehrseite mochte freilich darin liegen, daß vielfach auch Verkümmertes künstlich gestützt wurde — zu beengt, um sich entfalten zu können, aber doch zu sorgsam gehegt, um in seinem Ungenügen erkannt zu werden.

In scheinbar seltsamem Kontrast zur Enge und Kleinheit der Hochschulen steht ihr vielfach erstaunlich erfolgreiches, mitunter aber auch etwas hilflos anmutendes Streben nach weltweiten Verbindungen. An keiner der acht kantonalen Hochschulen fehlen Institutionen und Anschriften mit den Beiwörtern «international» oder «europäisch» oder mit andern Hinweisen auf einen angestrebten Brückenschlag in die Ferne. Das Phänomen hat nur scheinbar etwas Erstaunliches. Die Ausstrahlung in die Weite, die Verwirklichung von Universalität ist eine innere Notwendigkeit jeder Universität. Was die angestammte Engräumigkeit versagt, soll das Band zu anderen Nationen und Kulturen bringen. Es ist kein Zufall, daß die schweizerischen Hochschulen noch immer — trotz einer deutlich rückläufigen Bewegung — von allen Ländern den größten Anteil an ausländischen Studierenden verzeichnen. Man könnte in Abwandlung eines für unser politisches Interesse geprägten Wortes sagen, die schweizerischen Universitäten neigen gelegentlich mehr zu ihren ausländischen Vettern als zu ihren helvetischen Brüdern hin. Verankerung im engen Kreis und Aufbruch in die Weite stehen als Haltung unmittelbar nebeneinander.

Unbewältigter äußerer Ansturm

Erst der sichtbare äußere Ansturm, dem die schweizerischen Hochschulen seit bald einem Jahrzehnt in wachsendem Maße ausgesetzt sind, hat die verborgenen Risse unseres Systems sichtbar geöffnet. Was bei aller Eigenartigkeit und Begrenzung doch als Ganzes kraftvoll blieb, ist nun zum Anlaß bedrängender und vielfach unbewältigter Probleme geworden.

Wir wissen um die *Zunahme der Studentenzahlen*. Die Entwicklung traf uns gänzlich unvorbereitet, obwohl ihre Ursachen Jahre voraus erkennbar gewesen sind. Vor zehn Jahren setzte das Wachstum sichtbar ein; es folgte auf eine Phase der Stagnation, ja — wenn man sich an die Bevölkerungszahlen hält — des relativen Rückganges. Zunächst vergrößerte sich vorab die Zahl der in der Schweiz studierenden Ausländer. Die westschweizerischen Universitäten bekamen die Vermehrung zuerst zu spüren. Sie vermochten diese zum mindesten in der Anfangsphase leichter zu bewältigen als die deutschschweizerischen Hochschulen. In manchem sogar war der wachsende Zustrom für sie eine willkommene Erscheinung, lag doch die Größe mancher Fakultät und manchen Institutes weit unter dem Optimum. Auch das in der Westschweiz stärker auf eine feste Examensfolge zugeschnittene Studien-

system erleichterte es, ohne allzu tiefgreifende Störungen eine steigende Zahl von Studenten auszubilden. Als sich in den sechziger Jahren auch an den deutschschweizerischen Universitäten die Zahl der Studierenden in ungeahnter Weise vermehrte, zeigte sich sehr viel rascher jenes fatale Phänomen, das man als *Entwicklungstau* kennzeichnen kann. Das Wesen dieser Erscheinung liegt darin, daß mit der wachsenden Studentenzahl auch die durchschnittliche Studiendauer steigt. Wegen der Überbeanspruchung des vorhandenen Lehrapparates gelingt es nicht mehr, die Studierenden in geordneter Folge und in einem natürlichen Rhythmus ans Ende ihrer Ausbildung zu bringen. Es kommt zu einer progressiven Überfüllung. Die unteren Ausbildungsstufen sind stärker besetzt, als es allein der Größe der Jahrgänge entsprechen würde. Viele Studenten finden sich nicht mehr zurecht. Sie schlagen Umwege ein, die sich bei besserer persönlicher Betreuung vermeiden lassen. Allzu viele Studenten scheitern überhaupt; man schätzt, daß heute 25—35% aller begonnenen Studien in irgend einer Weise erfolglos endigen.

Dem Ansteigen der Studentenzahlen folgte mit einiger Verzögerung das *Wachstum der Hochschulausgaben*. Allein die Betriebsausgaben stiegen in letzter Zeit um jährlich rund einen Achtel. Eliminiert man die Teuerungsquote, so darf man das reale jährliche Wachstum der laufenden Hochschulausgaben auf einen Zehntel veranschlagen. Das ist mehr als das Wachstum des Volkseinkommens. Ein Nachlassen dieses steilen Aufstieges ist für die nächste Zeit nicht vor auszusehen. Im Gegenteil spricht einiges dafür, daß die Kurve noch steiler werden könnte. Die Hochschulen werden somit Jahr für Jahr einen größeren Anteil des öffentlichen Aufwandes und des Sozialproduktes beanspruchen. Heute wendet ihnen die öffentliche Hand 0,6% des Sozialproduktes zu; im Laufe der nächsten acht Jahre wird dieser Anteil auf *ein* Prozent ansteigen müssen.

Diese Entwicklung erklärt zur Genüge, warum die Kantone nicht mehr in der Lage sind, ihre Universitäten mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Der Schweizerische Wissenschaftsrat bereitet gegenwärtig die gesetzliche Regelung vor, die im Jahre 1969 die heutige provisorische, auf drei Jahre begrenzte eidgenössische Subventionsordnung ablösen soll. Zwei Probleme bilden den Angelpunkt der zukünftigen Ordnung:

a) Die Zuschüsse an den *Betrieb* der Universitäten werden in ihrem Ausmaße davon abhängig sein, welche Ausgaben-Steigerung die Kantone aus eigenen Mitteln tragen können. Übernimmt der Bund nur die Hälfte des jährlichen Zuwachses — ich betone: nur die Hälfte des *Zuwachses*, nicht die Hälfte des Gesamtaufwandes —, so müßte er in fünf Jahren allein an Betriebszuschüssen ungefähr soviel leisten, wie die Kantone bis zum Jahre 1958 *insgesamt* für den laufenden Aufwand ihrer Universitäten geleistet haben.

b) Vielleicht noch ernsthafter erscheint das Problem der *Sachinvestitionen*. Die kantonalen Hochschulen haben in den Jahren 1958 bis 1964 nur rund

15% ihres Aufwandes für Bauten und Einrichtungen mit Einschluß von bloßen Renovationen verwendet. Die ETH konnte in der gleichen Periode 34% ihrer Mittel für Investitionen einsetzen. Sie hat somit mehr als doppelt soviel für ihren systematischen Ausbau verwendet als die kantonalen Hochschulen, obwohl das Wachstum der ETH geringer war als das Wachstum der Universitäten. Dieser *eine* Vergleich, der durch andere Zahlen gestützt werden könnte, verdeutlicht eine Tatsache, die man nicht genug ins allgemeine Bewußtsein rufen kann: Die kantonalen Hochschulen befinden sich in einem wachsenden Investitions-Rückstand. Dieser Rückstand wird noch während einiger Jahre zunehmen; er wird mit allen seinen Folgen noch sehr viel drastischer in Erscheinung treten. Um den Rückstand aufzuholen, wird ein Zeitraum von anderthalb bis zwei Jahrzehnten erforderlich sein. Die Kommission Labhardt hatte den kühnen Gedanken, den Ausgleich bis zum Jahre 1975 herbeizuführen. Das würde es notwendig machen, die Investitions-Tätigkeit so zu forcieren, daß bis in fünf Jahren etwas mehr als die Hälfte aller kantonalen Hochschuleausgaben oder eine Drittelmilliarde je Jahr für Neubauten und Neueinrichtungen verwendet werden. Eine derartige Steigerung wird selbst mit einer massiven Bundes-Unterstützung nicht durchführbar sein. Weder sind die technischen Vorbereitungen für ein derart gewaltiges Investitions-Programm genügend weit fortgeschritten, noch erlaubt der öffentliche Finanzhaushalt eine solche Beanspruchung. Der Zeitraum des äußeren Ausbaus wird daher wesentlich gestreckt werden müssen.

Verminderte personelle Substanz

Wachstum der Studentenzahlen und Wachstum der Ausgaben sind *äußere* Erscheinungen. Mit ihnen geht ein *inneres* Phänomen zusammen. Die personelle Substanz der Hochschulen entspricht immer weniger den gestellten Anforderungen. Auf Lehrer und Forscher entfällt ein progressiv wachsendes Quantum von Aufgaben. Gewiß haben alle Hochschulen ihren Mitarbeiterstab erweitert. Das zeigt sich deutlich an der veränderten Zusammensetzung der Personalausgaben. Im Verhältnis zu den Ausgaben für die festen Lehrstellen steigt der Aufwand für die wissenschaftlichen Hilfskräfte ständig an. Aber die Entwicklung folgt auch hier nicht dem Bedarf. Die personelle Substanz der Hochschulen genügt nicht mehr. Gewiß ist dies nicht nur eine Folge der größeren Studentenzahlen. Die wachsende Komplexität moderner Forschung, die auch die Lehre entscheidend bestimmt, ist mit eine wesentliche Ursache. Man könnte sagen, daß sich die Hochschulen einem dreifachen Problem der Abwanderung gegenüber gestellt sehen:

1. *Das akademische Milizamt* — um diesen Ausdruck nochmals zu verwenden — *ist in Frage gestellt*. Die Vereinigung einer praktischen Berufstätigkeit mit einer vollen Verantwortung in Lehre und Forschung, und sei es auch nur

in einem schmalen Bereich, wird schwieriger, ja eigentlich unmöglich. Selbst eine wissenschaftliche Tätigkeit in der Industrie, in der Verwaltung oder in einer internationalen wissenschaftlichen Institution läßt sich dauernd schwer mit einer tragenden Funktion an einer Hochschule vereinbaren. Das müßte nicht so sein — wir werden darauf zurückkommen —, aber bei der heutigen Struktur der Hochschulen wachsen die Inkompatibilitäten. So gehen den Hochschulen ausgezeichnete Kräfte verloren — worüber die dekorativen Posten und Titel, die ihnen verliehen werden, nicht hinwegtäuschen können. Die Einbuße ist vor allem spürbar in manchen naturwissenschaftlichen Bereichen und in den Sozialwissenschaften, aber auch in den Geisteswissenschaften. Die Entwicklung hat ihre weittragende Folge für das überkommene Konzept von Lehre und Forschung. Es gibt eine mit letzter wissenschaftlicher Methode arbeitende Forschung außerhalb der Universität, die wenig mit der Forschung an den Lehrinstituten kommuniziert. Ja es gibt selbst eine Lehre, die vorab außerhalb der Hörsäle vermittelt wird.

2. Zur Abwanderung nach innen kommt die *Abwanderung nach außen*. Sie besteht nicht nur gegenüber den Vereinigten Staaten. Auch die in Deutschland wirkenden mehr als hundert schweizerischen Universitätslehrer beginnen, sich mit Kritik Gehör zu verschaffen. Sie empfinden es nicht nur, daß man sie «vergißt», daß sie in ihrer Heimat weitgehend außerhalb des Gesprächs stehen — anders als deutsche, französische oder gar amerikanische Wissenschaftler, die an *unseren* Hochschulen dozieren. Sie erheben kritische Einwände gegen unsere höhere Ausbildung, die aller Beachtung wert sind. Es wäre falsch, das Phänomen der äußeren Abwanderung auf eine einzige greifbare Ursache, etwa den Besoldungs-Aspekt oder auch nur den Aspekt der allgemeinen Beschränkung unserer Mittel, zurückzuführen. Die Abwanderung ist ein Reflex unseres gesamten Bildungs- und Hochschulsystems. Die Enge, in der unsere Hochschulen stehen, verstärkt auch beim jungen Gelehrten den Drang in die Weite. Die Barrieren, die immer noch zwischen den schweizerischen Universitäten wirken, machen die persönliche Entfaltung am angestammten Ort von allzu vielen Zufälligkeiten abhängig. Vor allem aber dürfte der mit Diplom oder Doktorexamen versehene angehende Forscher dadurch den Verlockungen der Ferne erliegen, daß er in der Schweiz in den wenigsten Bereichen eine systematische Weiterausbildung finden kann. Weiterausbildung ist heute in den meisten Fällen identisch mit Auslands-Stipendium. Gewiß ist es an sich hoch erwünscht, den Blick über unsere Landesgrenze hinaus zu tun. Hätten wir aber in unserm Lande feste Stätten einer auf der Höhe der Zeit stehenden systematischen Weiterausbildung, dann könnte dieser Austausch auf Gegenseitigkeit gestellt werden; er würde dann nicht zu einem potentiellen Verlust für unser Land werden.

3. Schließlich mag man auch von der Gefahr einer Abwanderung vieler begabter Studenten sprechen. Der unregelmäßige Wechsel von Studium und

Praxis — gefördert durch die verschiedensten Arten verlockender Angebote zu praktischer Tätigkeit und mitveranlaßt durch eine nicht immer genügende Intensität des Unterrichtes — ist in einzelnen Studienbereichen, in den Lehrberufen, in der Jurisprudenz und in den Sozialwissenschaften, zu einer schweren Belastung geworden. Die Atmosphäre freier und vorbehaltloser Zuwendung zum Studium, die eine Voraussetzung des Hochschulunterrichtes bildet, ist gestört.

Was bleibt zu tun? — Für viele Nöte wird heute als Heilmittel das Wort «Koordination» bereit gehalten. Aber das ist eine wenig aussagekräftige Formel. Koordination kann nie eine primäre Aufgabe sein. Sie ist ein äußerer Behelf, wenn einmal der Gedanke feststeht, wenn der Plan der Arbeit aufgestellt und im wesentlichen anerkannt ist. Am klar konzipierten Plan und am lebendigen Gedanken fehlt es heute in erster Linie. Nur die Vermeidung kostenvermehrender Duplizitäten ist schwerlich ein Programm an sich. Die Frage bleibt ja immer, welches Nebeneinander erwünscht ist und welches überflüssig erscheint. Dieses Urteil kann nur aus dem Blick auf die Gesamtordnung gegeben werden. Welches also ist das verpflichtende Bild des schweizerischen Hochschulwesens? Welchen Gedanken gilt es zu verwirklichen?

Konzept einer Studienordnung

Die Antwort wird vor allem mit dem Blick auf eine sinnvolle Ordnung des gesamten Studiums zu geben sein. Den Universitäten der deutschen Schweiz fehlt in weiten Bereichen das sichere Konzept einer klaren Studienordnung. Die westschweizerischen Hochschulen und auch die beiden Fachhochschulen, die ETH und die Hochschule St. Gallen, sind einige Schritte voraus. Mit ihren vielfach ungelösten Studienproblemen teilen die Universitäten Basel, Bern und Zürich in weitem Maße das Schicksal der deutschen Universitäten. Es mag daher naheliegen, sich vor Augen zu halten, welche Bemühungen gegenwärtig in Deutschland unternommen werden. Wegweisend erscheinen die im Mai des letzten Jahres vom Deutschen Wissenschaftsrat beschlossenen «Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen».

Der Bericht des Deutschen Wissenschaftsrates, der im übrigen nur aufnimmt, was seit Jahren in vielen nationalen und internationalen Gremien beraten wird, fordert eine Dreiteilung der an den Hochschulen ausgeübten Lehrtätigkeit. Diese drei Stadien lassen sich — wenn wir die allzu komplizierten Benennungen des deutschen Berichtes beiseite lassen — als *Grundstudium*, als *Weiterausbildung* und als *Fortbildung* kennzeichnen. Die Phase der Fortbildung, die den praktisch tätigen Akademiker in dauerndem Kontakt mit dem Weiterschreiten der Erkenntnis halten soll, interessiert uns im Augenblick weniger; sie bleibt auch im Bericht des Deutschen Wissenschaftsrates

eine Forderung ohne konkrete Gestalt. Wesentlich erscheint der Gedanke, daß deutlich zwischen Grundstudium und Weiterausbildung zu unterscheiden sei.

Das *Grundstudium*, das jeder Student zu durchgehen hat, soll in straffer Folge — geregelt durch einen klaren Studienplan und gegliedert durch Zwischenexamen — die allgemeinen Grundlagen vermitteln. Es soll zeitlich so gerafft werden, daß es — abgesehen von der Medizin — in allen Studienbereichen in acht Semestern bewältigt werden kann. Der Deutsche Wissenschaftsrat geht so weit, bei einer sichtbaren Überschreitung der normalen Studiendauer die Frage einer Zwangs-Exmatrikulation zu erwägen. Das Grundstudium ist durch ein Examen zu beschließen, das die «Berufsfähigkeit» attestiert. Ein wesentlicher Teil der Studenten wird von hier aus den Weg in die Praxis finden. Die *Weiterausbildung* soll einem selektiv beschränkten Kreise vorbehalten sein, wobei es freilich zu eng wäre, diese zweite Stufe nur dem kommenden Forscher offen zu halten. Die Doktorpromotion wird wohl die normale Form sein, mit der die Weiterausbildung beendet wird. Mit Recht fordert indessen der Deutsche Wissenschaftsrat, daß neben oder auch nach der klassischen Promotion noch andere Abschlußformen geschaffen werden müssen.

Eine Zweigliederung des Studiums ist nicht nur in sich eine kaum widerlegbare Forderung. Sie läßt sich überdies in vorzüglicher Weise als Grundlage einer sinnvollen Funktionsteilung der schweizerischen Hochschulen verwenden. Jede Hochschule unseres Landes hat in ihrem Studienbereich die Grundausbildung zu vermitteln. Darin liegt überhaupt die Rechtfertigung ihrer Existenz. Hier mag die angestammte Vielheit und die relative Kleinheit unserer Hochschulen, wenn wir das Bestehende sinnvoll gestalten, zu einem sichtbaren Vorzug werden. Aber man kann sich nicht einfach mit der Formel «Grundausbildung in föderativer Vielfältigkeit» abfinden. Es muß im ganzen wenigstens eine vergleichbare didaktische Sprache gesprochen werden. Für die deutschschweizerischen Universitäten kann man nicht eindringlich genug die Forderung nach Straffung des Grundstudiums erheben. Auch in der Studienfolge sollte eine minimale äußere Übereinstimmung bestehen. Der Wechsel des Studienortes soll möglich bleiben; ja er sollte gefördert werden. Auch den Lehrkräften müßte eine vermehrte Freizügigkeit gegeben sein. In Disziplinen, auf die nur eine geringe Stundenzahl entfällt, müßte es möglich gemacht werden, daß ein akademischer Lehrer dauernd oder vorübergehend an mehreren Hochschulen wirkt. Unerläßlich scheint mir sodann eine Einigung über einen einheitlichen Studienbeginn und damit über einen einigermaßen gleichen Maturitätstermin. Daß Basel noch immer mit dem Sommersemester einsetzt, verhindert es, daß diese in einzelnen Bereichen verhältnismäßig am besten dotierte schweizerische Hochschule für Studenten aus anderen Kantonen hinlänglich attraktiv erscheint. Ja ich frage mich, ob es nicht geboten wäre, daß der Bund heute auch für andere wissenschaftliche Berufsarten als die Medi-

zinalberufe ein Freizügigkeits-Gesetz erläßt. Die Kompetenz dazu ist durch Art. 33 Absatz 2 der Bundesverfassung längst gegeben. Durch die Ausnützung dieser Befugnis könnte zum Beispiel der Urwald unterschiedlicher Examensordnungen in Jurisprudenz um einiges gelichtet werden. Es sollte zur Regel werden, daß das Universitätsexamen, ergänzt um den Nachweis erfolgreicher Praktika, zugleich die Berufsfähigkeit attestiert.

Wenn man im übrigen das heutige Grundstudium als nicht genügend straff bezeichnet, so gilt es eine oft übersehene Ursache dieses Zustandes zu erkennen: sie liegt — wenigstens mit dem Blick auf jene Disziplinen, die zwangsläufig eine nationale Orientierung aufweisen — wesentlich auch im Mangel geeigneter Lehrmittel. Vor allem in der Rechtswissenschaft, in der Ökonomie und in den Sozialwissenschaften, aber auch in den verschiedenen Bereichen nationaler Kultur und Geschichte fehlen vielfach die Bücher, die es erlauben, die Vorlesung sichtbar von der reinen Stoffvermittlung zu entlasten. Die Aufstellung eines systematischen Programms literarischer Hilfsmittel und dessen Betreuung durch ein Organ helvetischer Kooperation gehört zu den vordringlichsten Forderungen, um die Hochschulen wieder freier atmen zu lassen und um sie vom drohenden Entwicklungsstau zu befreien. Das Wort «Lehrbuch» hat in wissenschaftlichen Kreisen oft einen merkwürdig zwiespältigen Klang. Für viele wird sogleich die gedankliche Verbindung mit den schriftlichen Behelfen für Pauker und Examensbüffel hergestellt. Man muß, um dieses Vorurteil zu überwinden, die englischen und französischen Sammlungen von Studienbüchern zu Rate ziehen. Sie zeigen, daß es möglich ist, bei höchster Wissenschaftlichkeit in der Methode auch in knapper Form und in faßbarer Weise die Grundlagen des heutigen Wissens zu vermitteln.

Am schwersten aber dürfte das Grundstudium heute unter dem Mangel persönlicher Betreuung der Studierenden leiden. Der Student ist an den meisten schweizerischen Hochschulen in einem Maße auf sich selbst gestellt, das weit über den Rahmen sinnvoller Selbständigkeit hinausgeht. Nicht nur seinen inneren Weg durch das Studium muß er ohne wesentliche Hilfe selbst finden. Auch in seinem äußeren Gang durch Vorlesungen und Übungen, durch Studienordnungen und Examensreglemente, durch die Auswahl von Fächerkombinationen und Praktikumsorte findet er wenig Unterstützung. Seine Kräfte sind überfordert. Die Zufälligkeit einer Begegnung gibt vielfach für den gewählten Weg den Ausschlag. Was nottut, ist eine systematische und ständige Studienberatung. Abgesehen von den menschlichen Kräften, die durch eine Fehlwahl unwiderbringlich verloren sind, können uns auch die vertanen Mittel nicht gleichgültig sein. Die Unkosten verfehlter Studienexperimente sind außerordentlich hoch. Die Ausbildung eines Akademikers kostet heute im Durchschnitt 150000 Franken. Wenn aber der Bund die Hochschulen unterstützt, muß er sich eines sinnvollen Einsatzes seiner Hilfe ver-

sichern. Ich frage mich daher, ob nicht in einer zukünftigen eidgenössischen Ordnung den Kantonen der Ausbau der Studienberatung zur Pflicht gemacht werden muß.

Gesamtschweizerische Aufgaben

Die größte Zukunftsaufgabe aber wird den schweizerischen Hochschulen darin erwachsen, in allen Wissensbereichen einen systematischen, der Weiterbildung dienenden zweiten Studiengang aufzubauen. Man kann den Doktoranden nicht einfach auf sich selbst stellen und ihm das über die unerläßliche allgemeine Kenntnis hinausgehende Wissen sowie die Anleitung zu eigener Forschungsarbeit durch ein paar Doktoranden-Kolloquien vermitteln. Ob es gelingt, dieses Ziel zu erreichen, ist nicht nur eine Schicksalsfrage für die schweizerische Forschung; hier liegt zugleich die Bewährungsaufgabe unseres auf breiter föderativer Grundlage gewachsenen schweizerischen Hochschulsystems.

Die schweizerischen Universitäten in ihrer Vereinzelung können die Aufgabe nicht bewältigen. Sie muß kooperativ gelöst werden. Die Hochschulen müssen gemeinsam Weiterausbildungsgelegenheiten schaffen. Gewiß wird jeder Doktorand an einer einzigen Universität immatrikuliert bleiben. Aber das schließt nicht aus, daß er mit Dozenten anderer Hochschulen in unmittelbarem Kontakte steht. Die wahrhaft wissenschaftliche Haltung entsteht aus dem Erlebnis der herausfordernden Spannung. Wir können es uns nicht weiterhin leisten, unsere wirklich großen Gelehrten in der Enge wirken zu lassen. Sie müssen sich als Förderer und Anreger aller hochbegabten Nachwuchskräfte unseres Landes entfalten können. Gewiß liegt es nahe, daß die Hochschulen der deutschen Schweiz und die Universitäten der welschen Schweiz gewissermaßen engere Kreise der Weiterbildung formen. Aber auch über die Sprachgrenze hinaus sollten in unserm Lande die der Weiterausbildung dienenden Stätten miteinander kommunizieren.

Wir werden, wenn diese Pläne Wirklichkeit sind, einen wissenschaftlichen Nachwuchs von ganz anderer Weite der Ausbildung erhalten. Wer durch diese Schule gegangen ist, trägt in sich, was unser Land in seiner Gesamtheit an wissenschaftlichen Impulsen zu geben vermag. Wir bewahren den überkommenen Ursprung im kleinen Raum und tun doch den Sprung in die umfassende, in die moderner Wissenschaftlichkeit allein entsprechende Dimension. Die innerschweizerische Freizügigkeit sollte bei den schweizerischen Wissenschaftlern ein selbstverständlicher Lebensrhythmus werden. Aber auch die Schranke zwischen Hochschulforschung und industrieller Forschung muß gelockert werden. Daß man die in der Industrie, in der Verwaltung und in internationalen Gemeinschafts-Institutionen tätigen Forscher zur Weiter-Ausbildung aktiv heranzieht, ist nicht nur wünschbar, sondern notwendig. Dadurch

können die kooperativen Stätten der Weiterbildung die lebendigen Zentren werden, an denen sich das vielfach hohl gewordene Wort von der «Einheit von Lehre und Forschung» mit neuem Gehalt erfüllt.

Die Weiterausbildung zur gesamtschweizerischen, kooperativ zu lösenden Aufgabe zu machen, erfordert einen Halt an einem Organ, das alle Hochschulen des Landes, die Universitäten, die ETH, die kantonalen Fachhochschulen und mit ihnen auch die wahrscheinlich bald entstehenden medizinischen Akademien einschließt. Mit der Schaffung jenes Gremiums, das sich heute noch etwas hölzern «Interkantonales Koordinationsorgan» nennt, ist ein erster Anfang getan. Man sollte die neue Institution sehr bald mit wesentlichen Aufgaben, ja mit eigener Verantwortung ausstatten. Man sollte in jedem Fall verhindern, daß aus dem heutigen institutionellen Ansatz bloß eine Instanz der gemeinsamen Interessenwahrung gegenüber dem Bunde wird. Es gilt im Gegenteil, die Anliegen der Kantone als Hochschulträger und die Anliegen der Eidgenossenschaft in einer solchen Weise zu verschränken, daß der Gedanke eines Gegeneinanders, eines die Vielfalt störenden Zentralismus überhaupt nicht mehr aufkommen kann. Aus dem Koordinationsorgan sollte eine repräsentative Schweizerische Hochschulkonferenz werden, der auch die Vertreter der vom Bunde für die Pflege der Wissenschaften eingesetzten Organe angehören. Der Schweizerischen Hochschulkonferenz müßte die Aufgabe zufallen, das Gemeinsame anzuregen, vorzubereiten und zum Teil auch selbst zu gestalten.

Es wird sich freilich die Frage stellen, ob nicht aus der Kooperation, dem Zusammenwirken der bestehenden Hochschulen und Hochschul-Institute, die Notwendigkeit entsteht, in einzelnen Bereichen zentrale wissenschaftliche Anstalten zu schaffen. Wenn in bewußt farbloser Weise von «zentralen Anstalten» gesprochen wird, so soll damit offen bleiben, ob es sich um eidgenössische oder interkantonale Unternehmungen handelt. Das ist letztlich eine bloße Frage der Form. Wesentlich erscheint, an einem Ort ein Hilfsmittel zu schaffen, das *allen* Hochschulen dient und dessen Bestehen zugleich auch impliziert, daß sich die kantonalen Hochschulen von einer Aufgabe entlastet sehen. In zwei Bereichen erscheint eine derartige Zusammenlegung der äußeren Mittel geboten.

Wenn man sagt, diese Voraussetzung sei im Bereiche der «big science», der modernen Groß-Forschung erfüllt, so spricht man letztlich in einer Tautologie. Denn der Begriff der «big science» drückt ja eben aus, wo die Möglichkeiten der normalen hochschulgebundenen Forschung überschritten sind. So wird man denn auch in unseren helvetischen kleinräumigen Gegebenheiten den Inhalt des Begriffes vielleicht etwas anders umreißen müssen als an ausländischen Groß-Universitäten. Die Kernphysik, wo sie in die eigentliche Front der Forschung vorstößt, gehört offenbar dazu. In Würenlingen und Villigen, vielleicht aber auch in Lucens, sind mit der Zusammenlegung

und Planung großer Anlagen erste Schritte getan. Darüber hinaus sollte zu einer Zusammenlegung überall da geschritten werden, wo sich bauliche und maschinelle Anlagen, die wesentliche finanzielle Mittel binden, im Rahmen einer einzigen Hochschule nicht optimal ausnützen lassen. Daß damit der Zwang verbunden sein kann, die Forschung nicht auf allen Geleisen zugleich voranzutreiben, daß vielmehr die Festlegung auf eine ganz bestimmte Forschungsrichtung unerlässlich wird, ist der notwendige Preis unserer Kleinheit.

Aber auch in einem andern Bereich ist die Lage die gleiche. Ich denke an die als Hilfsmittel jeder Wissenschaft notwendige Dokumentation. Unsere vielen kleinen und mittelgroßen Bibliotheken vermögen die Funktionen umfassender wissenschaftlicher Dokumentation in fast keinem Bereich mehr zu erfüllen. Wie groß in der Schweiz der dem Wissenschaftler zugemutete unproduktive Aufwand für das Sammeln von Literatur und dokumentarischen Unterlagen ist, weiß jeder, der einmal in einer modern ausgerüsteten ausländischen Dokumentationsstelle oder einer Fachbibliothek gearbeitet hat. Wiederum kann es nicht darum gehen, Bestehendes zu verkürzen oder auch nur in der Pflege zu vernachlässigen. Die vorhandenen Bibliotheken sollen bestehen bleiben; ja sie bedürfen sogar einer ganz beträchtlichen Verstärkung an sachlichen und personellen Hilfsmitteln. Über dem reichen Netz dieser lokalen Einrichtungen müssen aber, für die einzelnen Fachgebiete gesondert, zentrale Dokumentationsstätten errichtet werden. Nur so wird in unserm Lande ein auf der Höhe der Zeit stehendes wissenschaftliches Arbeiten möglich sein. Nur so können wir verhindern, daß wir unsere besten Kräfte dafür verwenden, zu sichten und nachzuschlagen, was andere bereits getan haben.

Strukturreform

Fast so selbstverständlich wie das Wort «Koordination» verbindet sich heute mit den schweizerischen Hochschulen das Wort «Strukturreform». Auch hier ist freilich die Besinnung auf das größere Ganze unerlässlich, will man der Gefahr entgehen, die erhobene Forderung einfach zum Anlaß eines emotionalen Bildersturms zu machen. Die Struktur der klassischen Universität war ihrem eigenen Gedanken nach eine extrem statische. Sie war auf Abschirmung bedacht, auf Abschirmung der Universität nach außen, auf Abschirmung ihrer Teile gegeneinander und vor allem auf Abschirmung der das corpus academicus bildenden Menschen. Die Organisation der Universität war weit mehr ein Mittel zur Sicherung des ungestörten Einvernehmens als ein Instrument zur Herbeiführung sichtbarer Entscheidungen und Handlungen. Zu entscheiden gab es ja auch im Grunde über nichts als über Examina und Berufungen. Die Funktion nach außen blieb eine mehr zeremonielle. Immer dann, wenn sich die Universität zu anderem aufgerufen sah, stand sie in der Gefahr,

einen wenig überzeugenden, ja oft einen eher befremdenden Eindruck zu hinterlassen. Sie war, einer inneren Notwendigkeit nach, überfordert, sobald sie zu sichtbaren Handlungen auszuholen trachtete.

Die Voraussetzungen, unter denen die überkommene Universitätsstruktur entstanden war, änderte sich mit den neuen Methoden naturwissenschaftlicher Forschung. Mehr und mehr erschien die Gewinnung neuer Erkenntnis von einem planmäßigen Einsatz menschlicher Hilfskräfte und erheblicher Sachmittel abhängig. Das «Institut», das als neue Organisationsform fachliche und menschliche Hilfsmittel vereinigte, riß die klassische Universitätsstruktur von innen auf. Es war von Anfang an ein Fremdkörper im überkommenen Gefüge, und es blieb ein Fremdkörper bis heute. Mit den alten, auf Abschirmung und Sicherung bedachten Regeln in Verbindung gesetzt, mußte der Aufriß der Institute die Kritik der jungen Wissenschaftler herausfordern. Aber es wäre wenig gewonnen, wenn man einfach in den Ruf nach Entthronung des zum Institutsvorsteher gewordenen Ordinarius einfiel. Ein in die Zukunft weisender Reformplan kann nur gefunden werden, wenn das große Ziel aller reformierender Bestrebungen klar abgesteckt wird. Gegenüber einem System, das wesentlich auf Beruhigung und auf Abschirmung bedacht war, gilt es eine Ordnung zu schaffen, die in wirksamer Weise kooperatives Handeln erlaubt. Die Hochschulen müssen als Ganzes und in allen ihren Teilen entscheidungsfähiger gemacht werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, zwischen Inkompatibilitäten, zwischen sich ausschließenden Begehren, zwischen Alternativen entscheidungskräftig zu wählen. Jedem alles geben, ist heute keine mögliche Devise mehr. Wo jedes Forschen, in den meisten Fällen auch das geisteswissenschaftliche Forschen, erhebliche äußere Mittel erfordert, müssen Präferenzen vollzogen und bewußt Schwerpunkte gesetzt werden.

Es fehlt in unserem Lande nicht an eindrucklichen Vorbildern solcher neuer organisatorischer Modelle. Sie entstanden zum ersten Mal, als nach Gründung des Schweizerischen Bundesstaates die Diskussion um die eidgenössische Universität entbrannte. Die Eidgenössische Technische Hochschule ist als Fachhochschule zum Teil nach Grundsätzen gestaltet, die ursprünglich als strukturelle Regeln einer Universität erwogen worden waren. Ganz nutzlos mag es daher nicht sein, über das Bild der ETH zu allen jenen Vorschlägen zurückzukehren, die im vorigen Jahrhundert als Strukturformen eidgenössischer Bildungsanstalten entwickelt worden sind. Das Prinzip der Bundesuniversität ist zwar heute Vergangenheit; viele Gedanken aber, die den gescheiterten Versuch begleitet haben, bleiben weiterhin Gegenwart.

Strukturreform ist daher letztlich ein zu einseitiges Programm. Es gilt nicht nur, die einzelne Hochschule im Innern zu verändern. Es gilt nicht weniger, zwischen den schweizerischen Hochschulen eine Ordnung zu begründen. Diese Ordnung muß, wie viele es in den letzten Jahren mit ungleichen

Worten aber in gleichem Sinne gesagt haben, einem schweizerischen Gedanken verpflichtet sein. Ein solches Streben wird freilich in der Gefahr eines doppelten Mißverständnisses stehen. Wer nur die Freiheit der Glieder sieht, wird von einem ertötenden «Dirigismus» sprechen. Und wem auch die in reichlichem Ausmaße fortbestehenden Freiheiten noch immer zu viel sind, wird das Wort vom Mangel eines einheitlichen Konzeptes, von der helvetischen Planlosigkeit ausgeben. Alles, was in diesem Lande geschieht, muß seine Kraft aus einer zweifachen Wurzel schöpfen: aus dem Respekt vor der gewachsenen Vielfalt, das heißt vor dem Selbstbewußtsein der Teile, nicht minder als aus dem Streben nach gestalteter und gefügter Einheit. Diese Synthese zu vollziehen und unsere alten Hochschulen, vermehrt vielleicht um weitere Glieder, bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu tragenden Säulen eines neuen und größeren Gebäudes zu machen, ist die Aufgabe der Zukunft.

Der Ausbau des Instrumentariums der Schweizerischen Nationalbank

GERHARD WINTERBERGER

Das Problem

Unter Konjunkturpolitik sind die öffentlichen und privaten Maßnahmen zu verstehen, die eine Milderung der zyklischen Schwankungen der Volkswirtschaft (Produktion, Einkommensverteilung und Beschäftigung) und nach Möglichkeit eine Verhinderung der negativen Folgen von Krisen- und Depressionszuständen bezwecken. Träger der Konjunkturpolitik können sowohl der Staat (Bund, Kantone und Gemeinden) als auch Verbände, Parteien, Gruppen und private Unternehmungen sein. Das Ziel der Konjunkturpolitik ist somit die Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Ziel und Mittel der Konjunkturpolitik müssen jedoch mit andern Zwecksetzungen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art vereinbar sein. Die Auffassungen der Parteien und Gruppen gehen aber hinsichtlich dieser Mittel und vielfach auch über das Ausmaß der zu erreichenden Stabilisierung der Wirtschaft auseinander. Für den auf eher liberal-konservativem Boden Stehenden darf die Stabilisie-